CSU LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Brief aus Berlin

Nr. 6 | 31.03.2017 Newsletter

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die CDU hat die Wahl im Saarland klar gewonnen. Der sogenannte ‚Schulz-Effekt' hat den ersten Praxistest nicht bestanden. Das macht uns Mut für die kommenden Landtagswahlen und die Bundestagswahl im September.

Die Union hat das Saarland auf Erfolgskurs geführt: Der Haushalt wurde konsolidiert, der Strukturwandel ist gelungen. Die Arbeitslosigkeit wurde deutlich reduziert, die rote Laterne unter den westdeutschen Flächenländern an das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen abgegeben.

Heute haben die Menschen wieder eine Perspektive in ihrer Heimat. Diese Erfolgsbilanz wollten die Wähler im Saarland nicht durch eine rot-rote Regierung gefährden. Wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht, vertrauen die Saarländer der CDU und Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.

Ich bin zuversichtlich, dass sich die Deutschen im September ähnlich entscheiden. Denn auch in Berlin haben wir eine erfolgreiche Regierungsbilanz und eine angesehene Regierungschefin. Anders als es Herr Schulz glauben machen will, ging es den Menschen in Deutschland noch nie so gut wie heute. Rekordbeschäftigung, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 25 Jahren, die Wirtschaft wächst, Löhne, Einkommen und Renten steigen. In der gesamten Wahlperiode wurden keine neuen Schulden aufgenommen. Wir unterstützen diejenigen, die Hilfe brauchen – etwa in der Pflege. In unserem Wahlprogramm werden wir deutlich machen, wie wir dieses Land weiter voranbringen wollen. Die SPD will mit ihren Vorschlägen zurück in die Vergangenheit, wir wollen die Zukunft gestalten. Das ist der Unterschied!

Stephan Mayer MdB

Interview

Mehr Transparenz in den Lohnstrukturen > S. 2

Wohnimmobilien

Hürden für Kreditvergabe an junge Familien und Senioren beseitigt > S. 4

Interview

„Wer die Privilegien der EU beansprucht, muss auch ihre Pflichten akzeptieren" > S. 5

Weitere Themen

Kommentar
Verbesserungen im Bereich der Pflege wirken > S. 6

Verpackungsgesetz
Erhöhung der Recyclingquoten und Stärkung der Kommunen > S. 7

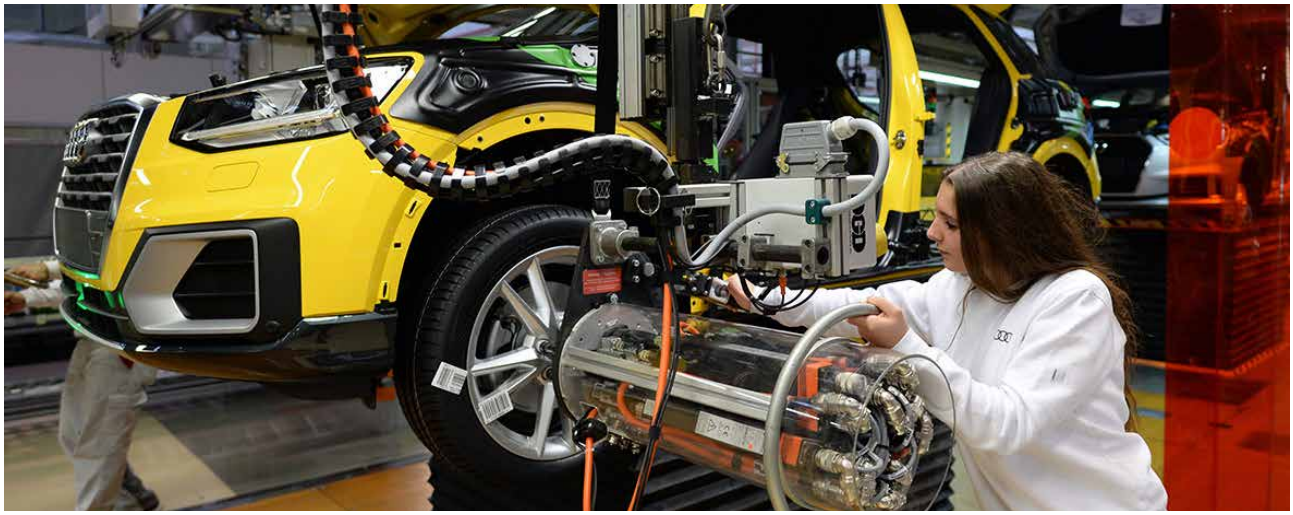
Kommentar
Mit nachhaltiger Politik unsere Schöpfung bewahren > S. 8

Verschiedenes
Termine der Woche > S. 9

Folgen Sie uns:

Interview

Mehr Transparenz in den Lohnstrukturen



© picture alliance/andreas gebert/dpa

Nur wenn die Beschäftigten wissen, an welcher Stelle sie sich mit ihrem Gehaltsniveau befinden, können sie gezielt nachverhandeln, sagt Paul Lehrieder (CSU), Vorsitzender des Familienausschusses. Das in dieser Woche verabschiedete Entgelttransparenzgesetz soll dafür einen entscheidenen Beitrag leisten.

© Henning Schacht

Herr Lehrieder, warum verdienen Frauen immer noch weniger als ihre männlichen Kollegen?

Dass Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer, liegt nicht nur an Benachteiligung, sondern ist größtenteils auf individuelle Entscheidungen in der Berufswahl und auf familiär begründete Auszeiten zurückzuführen. So wählen Frauen seltener gut bezahlte Berufe. Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit durch Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen tragen ebenfalls zur Lohnlücke bei. Zudem sind Frauen in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Sie besetzen damit seltener als Männer die höchstbezahlten Jobs in Unternehmen.

In dieser Woche wurde das Lohntransparenzgesetz verabschiedet, welches helfen soll, Benachteiligungen beim Gehalt zu vermeiden. Was sind die wesentlichen Punkte?

Mit dem Entgelttransparenzgesetz wollen wir mehr Transparenz in den Lohnstrukturen der Betriebe schaffen. Die Einführung individueller Auskunftsansprüche sowie Verfahren zur Überprüfung dienen dazu, den bereits bestehenden Anspruch von Frauen und Männern auf gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit tatsächlich durchsetzen zu können. Nur wenn die Beschäftigten wissen, an welcher Stelle sie sich mit ihrem Gehaltsniveau befinden, können sie gezielt nachverhandeln. Im Umkehrschluss können die Unternehmen nachweisen, dass es bei ihnen keinerlei ungerechtfertigte Lohnunterschiede gibt.

> weiterlesen

Die Wirtschaft befürchtet durch das Gesetz mehr Bürokratie. Was entgegnen Sie – wie wurde diese Kritik berücksichtigt?

Die Arbeitgeber haben den gefundenen Kompromiss selbst mitverhandelt. Nach den ursprünglichen Plänen der SPD wären sämtliche Unternehmen in Deutschland davon betroffen gewesen, nun liegt die Zahl bei cirka 18.500.

Die Bürokratiemehrbelastungen für den Arbeitgeber sind dank digital geführter Gehaltslisten äußerst gering, zumal eine zusätzliche bürokratische Belastung der Wirtschaft entsprechend der sogenannten „one in, one out"-Regelung an anderer Stelle ausgeglichen wird. Sofern die Beantwortung dem Betriebsrat übertragen wird, ist der bürokratische Mehraufwand für den Arbeitgeber sogar noch geringer.

* * * * *

In eigener Sache

Info-Heft: Wir stehen für Sicherheit

Härtere Strafen für Einbrecher, mehr Personal für Polizei und Sicherheitsbehörden, einen intensiveren Kampf gegen den Terror – das sind nur drei Punkte, die wir für mehr Sicherheit tun. In einem Info-Heft haben wir für Sie unsere Maßnahmen übersichtlich zusammengestellt.

Das Booklet kann hier als **PDF-Datei** heruntergeladen oder per Mail unter **bab@cducsu.de** bestellt werden.

Wohnimmobilien

Hürden für Kreditvergabe an junge Familien und Senioren beseitigt

© picture alliance/dpa

Junge Familien und ältere Menschen hatten in jüngster Zeit immer wieder Schwierigkeiten, Kredite für den Kauf eines Hauses oder den Umbau ihrer Wohnung zu erhalten. Grund war die verschärfte Bonitätsprüfung der Banken infolge der Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie. Auf Drängen der CSU-Landesgruppe wurde das Gesetz nun nachgebessert.

„Dies ist ein guter Tag für diejenigen, die künftig mit niedrigen Einkommen, als junge Familien und Rentner eine Immobilie finanzieren wollen", machte Alexander Radwan (CSU) in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag deutlich. Denn das Gesetz zur Umsetzung der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie aus dem vergangenen Jahr hatte zu Problemen bei der Kreditvergabe geführt. Mit den beschlossenen Nachbesserungen werden die zu hohen Hürden für die Kreditvergabe an junge Familien, Niedrigverdiener und Senioren beseitigt. Künftig können Wertsteigerungen von Immobilien durch Bau- und Renovierungsmaßnahmen bei der Kreditwürdigkeitsprüfung wieder stärker berücksichtigt werden. Vielfach hatten die Banken nur noch das Einkommen zugrunde gelegt. Kredite, die ältere Menschen auf ihr abbezahltes Haus aufnehmen, etwa um davon zu leben, fallen aus den Regelungen grundsätzlich heraus. Auch das stellt das Gesetz klar. Und mit einer Rechtsverordnung werden den Banken Leitlinien zur Kreditwürdigkeitsprüfung an die Hand gegeben.

Die wesentlichen Anliegen der CSU-Landesgruppe wurden damit umgesetzt: Es wird gewährleistet, dass die Regelungen nicht altersdiskriminierend sind und keine Benachteiligungen für Familien enthalten. Sowohl Verbraucherinnen und Verbraucher als auch Banken erhalten wieder Rechtssicherheit.

Die Änderungen waren Teil des Finanzaufsichtsrechtsergänzungsgesetzes, das die Abgeordneten am Donnerstag verabschiedeten. Mit dem Gesetz soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) künftig gezielt mögliche Gefahren für die Finanzmarktstabilität in Folge einer Immobilienblase abwehren können.

BREXIT

„Wer die Privilegien der EU beansprucht, muss auch ihre Pflichten akzeptieren“

© picture alliance/ BREUEL-BILD

Der Brexit ist beschlossene Sache. Am Mittwoch hat Großbritannien den Austritt aus der Europäischen Union offiziell beantragt. „Das ist ein donnernder Weckruf für Europa und kein Tag der Freude“, so Andrea Lindholz (CSU) in der Bundestagsdebatte hierzu.

Das vereinte Europa habe als Traum von wenigen begonnen und wurde zur Hoffnung vieler. Denn Europa schaffe heute Wohlstand und Frieden für Millionen, stellte Andrea Lindholz in ihrer Rede fest. Die Mitgliedschaft in der EU sei ein Privileg und kein Zwang. Wenn sich ein Land anders entscheide, sei das legitim.

Dennoch sei es klar, dass bestimmte Grundregeln beim Trennungsprozess gelten müssten, machte Lindholz deutlich. So seien die Interessen der 27 verbleibenden Mitgliedstaaten zuerst zu berücksichtigen. Außerdem erfordere der freie Zugang zum Binnenmarkt die Umsetzung aller vier Grundfreiheiten: Die Freizügigkeit für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Menschen seien untrennbar. Lindholz ergänzte: „Wer die Privilegien der EU beansprucht, muss auch ihre Pflichten akzeptieren.“ Natürlich dürfe es, so unterstrich auch Stephan Mayer (CSU), Vorsitzender der deutsch-britischen Parlamentariergruppe, in den Verhandlungen keine Rosinenpickerei geben, keinen Britenrabatt und keine Extrawürste.

Mayer betonte jedoch, dass Großbritannien ein wichtiger und zentraler Partner für Deutschland bleibe. Denn: Großbritannien bleibe in Europa, Mitgliedsland der NATO und Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Auch wirtschaftlich seien die Beziehungen zu Großbritannien wichtig, unterstrich Mayer. „Großbritannien ist für Deutschland der zweitwichtigste Exportmarkt für Güter. Jährlich werden Güter im Wert von fast 100 Milliarden Euro von Deutschland nach Großbritannien exportiert.“ Auch deshalb müssten die anstehenden Verhandlungen im gegenseitigen Respekt und mit Fairness gestaltet werden.

Andrea Lindholz: „Wachsende nationale Egoismen sind das größte Risiko für die Zukunft Europas.“ Sie ergänzte: „Die beste Antwort im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung in Europa ist ein gutes, gemeinsames und geschlossenes Europa.“

Kommentar

Verbesserungen im Bereich der Pflege wirken

© picture alliance/chromorange

Die Vielzahl von Verbesserungen in der Pflege kommen bei Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und Pflegekräften an. Das bestätigt der aktuelle Pflegebericht der Bundesregierung, der diese Woche im Bundestag beraten wurde. „Das ist eine sehr gute Nachricht", findet auch Stephan Stracke, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe.

von STEPHAN STRACKE

© Henning Schacht

Mit den drei Pflegestärkungsgesetzen (PSG I, II, III) haben wir die Leistungen in der Pflegeversicherung auf fünf Milliarden Euro pro Jahr massiv ausgeweitet. Eine solche Erhöhung – um mehr als 20 Prozent des Gesamtvolumens – hat es noch in keinem anderen Sozialversicherungszweig gegeben. Mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs erhalten alle Pflegebedürftigen gleichberechtigten Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung. Es gibt keine Unterscheidung mehr zwischen Menschen, die aus körperlichen oder aus psychischen Gründen der Pflege bedürfen. Besonders Demenzkranke können jetzt passgenauer versorgt werden.

Damit Pflegebedürftige so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld wohnen können, haben wir dafür gesorgt, dass die Tages- und Nachtpflege in Anspruch genommen werden kann – ohne dass eine Anrechnung auf Ansprüche auf ambulante Pflegesachleistungen oder Pflegegeld erfolgt. Das ist eine bedeutsame Verbesserung, denn Pflegebedürftige können in ihrer eigenen Wohnung bleiben, eine Tagespflege besuchen und erhalten gleichzeitig Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Das entlastet auch die pflegenden Angehörigen und stärkt die ambulante Pflege. Ergänzend gibt es neue Leistungsausgaben: So können zum Beispiel Betroffene durch einen altersgerechten Umbau der eigenen Wohnung länger zuhause wohnen zu bleiben.

In der stationären Pflege haben wir seit 2013 für Betreuung und Aktivierung älterer Menschen weitere 20.000 Stellen für zusätzliche Betreuungskräfte ermöglicht. Damit gibt es insgesamt 48.000 Betreuungskräfte. Rund 600.000 Pflegebedürftige in teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen profitieren von einer zusätzlichen Betreuung. Das erleichtert den Pflegealltag in stationären Einrichtungen sowohl für Pflegebedürftige als auch für Pflegekräfte.

Das alles zeigt, dass wir die Pflege für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Pflegekräfte nachhaltig gestärkt haben.

Verpackungsgesetz

Erhöhung der Recyclingquoten und Stärkung der Kommunen

© picture alliance/Ulrich Baumgarten

Mehr recycelte Verpackungsabfälle und mehr Mitsprache für die Kommunen – mit dem Verpackungsgesetz haben die Abgeordneten am Donnerstag nach langwierigen Beratungen einen guten Kompromiss verabschiedet.

„Das Verpackungsgesetz ist ein wichtiger Fortschritt für die Umwelt", erklärte die umweltpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe, Marlene Mortler. „Zum einen werden durch die Erhöhung der Recyclingquoten mehr wertvolle Sekundärrohstoffe zurückgewonnen. Zum anderen signalisieren wir mit der Wiederaufnahme der Mehrwegquote, dass wir stärker auf ressourcenschonende Getränkeverpackungen setzen." Zugleich sorgt eine neugeschaffene „Zentrale Stelle" für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Marktteilnehmern und mehr Transparenz. Sie soll auch den Vollzug in den Ländern vereinheitlichen. Und in den Supermärkten wird es künftig bei Getränken direkt am Regal neben dem Preis auch Hinweisschilder geben: So kann der Verbraucher auf den ersten Blick erkennen, ob es sich um eine Einweg- oder Mehrwegflasche handelt.

Mehr Mitsprache für die Kommunen

Die CSU-Landesgruppe hat sich in den parlamentarischen Verhandlungen insbesondere für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Kommunen und den Anliegen der privaten Entsorger eingesetzt. Anja Weisgerber (CSU) erklärte dazu: „Die Kommunen sind die ersten Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger bei der Abfallentsorgung. Mit dem neuen Gesetz erhalten die Kommunen mehr Rechte gegenüber den dualen Systemen, und ihre Gestaltungsmöglichkeiten werden gestärkt."

Die Kommunen können künftig Art und Größe des Sammelsystems sowie die Abholintervalle festlegen. Auch konnte mehr Rechtssicherheit für die Kommunen erreicht werden: So wurden die Bedingungen für die Abstimmungsvereinbarung zwischen Kommune und dualem System zugunsten der Kommune angepasst. Die Kommunen erhalten zudem ein Durchgriffsrecht gegenüber den privaten Entsorgern, wenn beispielsweise gelbe Säcke nicht abgeholt werden. Dann können die Kommunen zur Ersatzvornahme greifen und die Leistung dem jeweiligen Entsorger in Rechnung stellen.

Keine flächendeckende Wertstofftonne

Die verpflichtende Einführung einer flächendeckenden Wertstofftonne – wie vom Bundesumweltministerium ursprünglich vorgesehen – wird es nicht geben: Stattdessen ist eine gemeinsame Erfassung von Verpackungen und anderen Artikeln aus dem gleichen Material auf freiwilliger Basis dort möglich, wo die Kommune dies wünscht und das jeweilige duale System damit einverstanden ist. Dies ist zum Beispiel in Berlin der Fall.

Kommentar

Mit nachhaltiger Politik unsere Schöpfung bewahren

© Vereinte Nationen

Warum Nachhaltigkeit ein originär christlich-soziales Thema ist, erklärt Andreas Lenz, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, in seinem Kommentar. Am Freitag war die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung Thema im Bundestag.

von ANDREAS LENZ

© Henning Schacht

Was müssen wir heute tun, damit unsere Art zu leben nicht zu Lasten künftiger Generationen geht? Auf diese Frage gibt die Bundesregierung mit ihrer neuen Nachhaltigkeitsstrategie, die wir in dieser Woche im Bundestag debattiert haben, eine umfassende Antwort. Mit der neuen Strategie, welche die von den Vereinten Nationen in 2015 beschlossenen nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 umsetzt, wollen wir in Sachen Nachhaltigkeit weltweit Vorbild bleiben. Dafür haben wir uns in allen wesentlichen Politikbereichen ambitionierte Ziele gesetzt. Besonders wichtig ist für mich, dass wir dabei auf eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit setzen, so dass Nachhaltigkeit nicht nur ein Thema der Experten ist, sondern auch die Köpfe und Herzen der Menschen erreicht. Die Agenda 2030, die globalen Nachhaltigkeitsziele, werden dabei in Deutschland umgesetzt. Gleichzeitig hilft Deutschland auch in anderen Ländern, diese Ziele zu erreichen.

Nachhaltigkeit ist weit mehr als Umwelt- und Klimaschutz. Nachhaltig ist eine Politik, die wirtschaftlichen Wohlstand, das Schonen unserer Ressourcen, den Schutz der Umwelt und soziale Sicherheit mit dem Ziel bestmöglich ausbalanciert, auch künftigen Generationen gute Lebensperspektiven zu bieten. Deshalb ist Nachhaltigkeit ein originär christlich-soziales Thema und keine Erfindung anderer Parteien. Beispielsweise mit der Etablierung des Textilsiegels, dem Programm für nachhaltigen Konsum oder der Fortschreibung des Ressourceneffizienzprogramms konnten wir in dieser Wahlperiode wichtige Akzente setzen. Nachhaltigkeit ist jedoch ein Querschnittsthema, das alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft.

Mit der neuen Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Aufschlag gemacht, die planetaren Grenzen im politischen Handeln zu berücksichtigen und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stärken.

© picture alliance/Bildagentur online

Termine der Woche

© CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mut zur Zukunft – das war das Thema eines Kongresses der CDU/CSU-Fraktion. Parlamentsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) machte deutlich, dass dem Innovationsstandort Deutschland unter Kanzlerin Merkel eine dynamische Schubwirkung verliehen wurde.

© CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Auf die gute Gesundheitsversorgung in unserem Land können wir stolz sein. Das wurde auf dem Fraktions-Kongress zu Gesundheitsberufen deutlich. Nötig ist aber eine bessere Vernetzung zwischen Ärzten und nichtärztlichen Therapeuten und Pflegern, erläuterte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein (CSU).

* * * * *

Am Mittwoch fand der Koalitionssausschuss statt. Wesentliche Forderungen der Union wurden durchgesetzt. Weitere Informationen finden Sie auf unserem **Twitter-Kanal** und auf unserer **Homepage**.

Impressum

Herausgeber:

Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns

E-Mail: bab@cducsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Henning Schacht

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Die CSU-Landesgruppe im Internet
www.csu-landesgruppe.de

Newsletter
www.csu-landesgruppe.de/csu-newsletter

twitter.com/csu_bt